

Berlin aktuell - Eckhard Pöls

Ihr Bundestagsabgeordneter für Lüchow-Dannenberg / Lüneburg

In dieser Ausgabe

Seite 2

Eckpunkte des Haushalts

Seite 3

Rückkehr zur Meisterpflicht

Einführung einer Masern-Impfpflicht

Seite 4

Unionsfraktion feiert 70-jähriges Jubiläum

Seite 5

Verkehr der Zukunft—Diskussion im Radio

Zahlen und Fakten

Seite 6

Pilotveranstaltung mit Spätaussiedlern

Auszug aus dem Terminkalender



Eckhard Pöls MdB im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Sachsens, Michael Kretschmer

Foto: Büro Pöls MdB

Die Woche in Berlin

In dieser Woche ging es in Berlin vor allem um eines — die Finanzen! Mit der Debatte über den Haushaltsplan 2020 hat sich das Parlament aus der Sommerpause zurückgemeldet. Die Generaldebatte am Mittwoch ließ schon durchblicken, dass es keine ruhigen Wochen und Monate bis zum Ende des Jahres werden. Nicht zuletzt die Wahlergebnisse in Sachsen und Brandenburg haben dazu geführt, dass die Debatten schärfer geworden sind. Aber natürlich war auch darüber hinaus viel los. Mehr erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Ihr



Eckhard Pöls, MdB

Foto: Büro Pöls MdB

Richtige Weichen in den Haushaltsverhandlungen stellen

Auf der Grundlage des Regierungsentwurfs haben wir in dieser Woche mit den parlamentarischen Haushaltsberatungen begonnen. Dabei steht fest, dass der Haushaltsentwurf 2020 auf Kante genäht ist. Schon jetzt lässt sich der Haushaltsausgleich ohne neue Schulden nur durch eine Globale Minderausgabe in Höhe von fast 5 Milliarden Euro und eine Entnahme aus der „Asyl-Rücklage“ in Höhe von rund 9 Milliarden Euro sicherstellen. Durch die sich eintrübende Konjunktur dürften sich die Rahmenbedingungen in den kommenden Wochen sogar noch verschlechtern.

All dies zeigt, dass wir jetzt raus aus der Komfortzone und die richtigen Weichen stellen müssen, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen. Hierzu gilt es, Ausgabe-spielräume zu erarbeiten und die

richtigen Ausgabeprioritäten zu setzen. Für uns liegen die Schwerpunkte in den Bereichen Investitionen und Innovationen, Klima sowie innere und äußere Sicherheit. Das wird mit unserem Koalitionspartner sicher nicht einfach.

Zu Beginn dieses intensiven Herbstes steht für uns fest: Wir sind koalitionsstreu. Aber wir verbiegen uns nicht. Unser Koalitionspartner ist ein willkommener Partner, wenn er weiter an der Sache und für unser Land arbeiten will. Für linke Spielchen oder andere Experimente in die falsche Richtung stehen wir aber nicht zur Verfügung. Deswegen bin ich mir sicher, dass wir noch einige turbulente Debatten erwarten dürfen, das hat sich in dieser Woche bereits angedeutet. Aber das gehört für mich auch dazu.

Eckpunkte des Haushalts

359,9 Milliarden Euro, diese Summe wird der Bund im kommenden Jahr ausgeben, so der Plan der Bundeskabinetts. Das sind 3,5 Milliarden Euro mehr als 2019.

Mit 148,6 Mrd. Euro fließt der größte Anteil in das **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**, 2,3 % mehr als 2019. Den größten Ausgabebereich — sowohl im Etat des Arbeitsministeriums als auch im Bundeshaushalt — stellen **die Leistungen an die Rentenversicherung** dar. Diese **überschreiten 2020 erstmals die 100-Milliarden-Euro-Marke**. Die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende steigen um etwa 0,1 Mrd. Euro gegenüber dem Jahr 2019 an.

Beim Etat des **Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur** ist gegenüber 2019 ein Anstieg der Ausgaben um 2,0 auf knapp **29,9 Mrd. Euro** vorgesehen. Dabei steigen allein die klassischen Verkehrsinvestitionen 2020 um über 770 Mio. Euro auf 15,3 Mrd. Euro. Ein Großteil der Etatsteigerung kommt dem klimafreundlichen Schienenbereich zugute. Für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III, die der Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes dient, stellt der Bund im Zeitraum 2020 bis 2029 als Infrastrukturbeitrag insgesamt rund 51,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Der Ausgaberahmen des **Bundes-**



ministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit wächst gegenüber dem Soll 2019 um 338 Mio. Euro auf rund **2,6 Mrd. Euro**. Davon stehen 467 Mio. Euro für den Schwerpunkt der internationalen Klimaschutzinitiative zur Verfügung. Damit sollen Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern finanziert werden. Im Bereich der Erhaltung der Biologischen Vielfalt und des Insektenschutzes wird sich der Bund stärker als bisher engagieren.

Für das **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie** sieht der Plan ein Budget von rund **9,1 Mrd. Euro** vor, 11,6 % mehr als im Vorjahr. Die Mehrausgaben kommen insbesondere in den Förderbereichen Künstliche Intelligenz, Digitale Agenda und Sprunginnovationen zum Tragen. Zudem werden die Ausgaben für die Luft- und Raumfahrt weiter verstärkt. Von erhöhten Forschungsausgaben profitiert u. a. die industrielle Gemeinschaftsforschung. 2020 werden auch für die Afrika-Strategie zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Das **Bundesministerium der Verteidigung** soll für 2020 einen **Ausgaberahmen in Höhe von 44,9 Mrd. Euro** erhalten, knapp 1,7 Mrd. Euro mehr als 2019. Die **NATO-Quote** beträgt nach dem Regierungsentwurf im kommenden Jahr **1,37 %**. Zur Modernisierung und zur Umsetzung der NATO-Beschlüsse werden in den Folgejahren aber noch deutlich mehr Mittel erforderlich sein.

Der geplante Etat des **Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat** liegt bei **15,3 Mrd. Euro**. Davon entfällt auf den Bereich innere Sicherheit mit 6 Mrd. Euro mehr als ein Drittel unter anderem für **7.500 zusätzliche Stellen für Sicherheitsbehörden** des Bundes. Das Innenministerium wird zudem ermächtigt, über die bisherigen Sicherheitspakete hinaus **1.000 zusätzliche Anwärter bei der Bundespolizei** einzustellen. Im Baubereich steigt der Ansatz für das **Wohngeld** gegenüber dem bisherigen Finanzplan allein im Jahr 2020 um 115 Mio. Euro auf **600 Mio. Euro**. Für das **Baukindergeld** sind im kommenden Jahr **861 Mio. Euro** eingeplant.

Rückkehr zur Meisterpflicht

Ich habe mich lange dafür stark gemacht, und endlich ist es soweit: Die Große Koalition in Berlin hat sich auf die Rückkehr zur Meisterpflicht in zwölf Gewerken geeinigt. Die Meisterpflicht garantiert höchste Qualität bei der Arbeit und motiviert die Handwerksbetriebe, wieder stärker auszubilden. Mit der Wiedereinführung der Meisterpflicht setzen wir als Union eines unserer zentralen Wahlversprechen im Handwerksbereich um und korrigieren eine im Jahre 2004 unter Rot-Grün vollzogene Reform der Handwerksberufe. Seitdem hat die Qualität des Hand-

werks zu häufig gelitten und die Meisterbetriebe haben, durchaus auch verständlicherweise, weniger Ausbildungsbereitschaft gezeigt. Kaum hatten sie jemanden ausgebildet, gründete ihr Nachwuchs oft eine Ein-Mann-Firma. Zwar ist dies an sich erst einmal nur Wettbewerb und insofern Teil der Marktwirtschaft, allerdings ist die Qualität der erbrachten Arbeiten der Nicht-Meisterbetriebe eben allzu oft nicht gut. Zudem haben diese neuen Firmen selber häufig keinen Nachwuchs ausgebildet und den Fachkräftemangel so mitherbeigeführt. Dieses Problem wollen wir

jetzt in den zwölf Gewerken beheben.

Der Meisterbrief ist und bleibt ein herausragendes Qualitätsmerkmal des Handwerks und kann rechtskonform für alle Gewerke eingeführt werden, bei denen eine unsachgemäße Ausübung zu Gefahr für Leben oder Gesundheit führen kann. Außerdem ist Kulturgüterschutz ein Kriterium, das eine Meisterpflicht rechtfertigt.

Die Meisterpflicht soll zum 1. Januar 2020 für neu gegründete Betriebe eingeführt werden. Bereits bestehende Betriebe sollen Bestandschutz genießen.

Einführung einer Masern-Impfpflicht

Auch wenn die Debatte im Parlament noch gar nicht richtig losgegangen ist, erreichten mich in den letzten Wochen zahlreiche Zuschriften zum Thema Masern-Impfpflicht. Zweifelsfrei ist dieses Thema hochemotional und die Interessen von Impfgegnern und -befürwortern liegen weit auseinander. Als Vater von fünf Kindern kann ich die Emotionalität bei diesem Thema sehr gut nachvollziehen.

Ich beobachte allerdings die sich häufenden Meldungen über Masernfälle nicht nur in Deutschland mit Sorge. Die WHO veröffentlichte erst kürzlich aktuelle Daten zur Ausbreitung von Masern und zu damit zusammenhängenden Todesfällen: 2018 wurden weltweit insgesamt gut 350.000 Masern-Erkrankungen gemeldet, mehr als

doppelt so viele wie im Jahr davor. Die Dunkelziffer dürfte sogar noch höher liegen. Die Mehrzahl der Betroffenen von Infektionen mit Todesfolge waren Kinder unter 5 Jahren. Auch steigt die Infektionsrate rasant an - weltweit kam es zu einer Verdopplung der Infektionen, in Europa sogar zu einer Verdreifachung. Insgesamt versterben in Industrieländern etwa 1 bis 3 Personen pro 1 000 Maserninfektionen an den Masern.

Die Einführung der Masern-Impfpflicht halte ich, solange keine medizinischen Anhaltspunkte dagegen sprechen, für die richtige Antwort.

Bei Masern handelt es sich um eine Virusinfektion mit teilweise schwerwiegenden, oft erst Jahre nach der Erkrankung auftretenden Folgen. Eine wirksame Behand-

lung von Erkrankten ist nicht möglich. Impfungen gehören nun einmal zu den wirksamsten präventiven Maßnahmen, die in der Medizin zur Verfügung stehen. Gleichzeitig schützt die Impfung nicht nur die geimpften Personen selbst, sondern insbesondere indirekt auch die Menschen, die sich nicht selbst impfen lassen können, so z. B. Säuglinge bis zum 6. Lebensmonat oder anderweitig erkrankte Menschen.

Das Thema wird sicher auch im Parlament noch intensiv diskutiert werden. Und obwohl ich das Gut der Selbstbestimmtheit des Einzelnen in anderen Bereichen für unverrückbar erachte, befürworte ich die Masern-Impfpflicht.

70 Jahre Politik im Interesse der Menschen— Unionsfraktion feiert Jubiläum

Vor 70 Jahren konstituierte sich zum ersten Mal die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Mit einer Festveranstaltung in unserem Sitzungssaal im Reichstagsgebäude haben wir in dieser Woche dieses Ereignis gemeinsam mit jetzigen und ehemaligen Fraktionsmitgliedern, vier ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, der die Festrede hielt, gefeiert.

Am Vormittag des 1. September 1949 wurde im Haus des Bonner Bürgervereins Geschichte geschrieben. Unter der Leitung von Konrad Adenauer konstituierte sich zweiinhalb Wochen nach der ersten Bundestagswahl die erste CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. 70 Jahre später blickt die Fraktion mit Freude und Stolz auf dieses Ereignis zurück, denn die CDU/CSU



Quelle: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tobias Koch



Quelle: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tobias Koch.

hat die Erfolgsgeschichte Deutschlands seit 1949 ganz maßgeblich geprägt. Die Erfolge der Vergangenheit sind Ansporn und Verpflichtung für die Zukunft. Als gemeinsame Fraktion der einzigen verbliebenen Volksparteien CDU und CSU kommt uns als Union eine ganz besondere Verantwortung zu.

Fraktionschef Ralph Brinkhaus sagte zu Beginn der Veranstaltung: „Wir feiern bewusst 70 Jahre Fraktion, weil es an der Zeit ist, das wertzuschätzen, was die großen Volksparteien geleistet haben und noch leisten werden.“ Das C im Namen von CDU und CSU, also das christliche Wertefundament, sei die

Konstante, „die uns durch 70 Jahre getragen hat.“ Deshalb sei es die Union, die dieses Land zusammenhalte.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble betonte in seiner Festrede, dass Geschlossenheit wichtig sei, aber: „Es müssen nicht immer alle einer Meinung sein.“ Die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU nannte er ein eingespieltes Verfahren. „Aber es begründet eine nicht immer einfache Beziehung.“

Im Laufe der Veranstaltung kamen außerdem Zeitzeugen zu Wort. Katharina Landgraf und Ernst Hinsken berichteten dabei eindrucksvoll vom Moment der Deutschen Einheit – wohl einem der historischsten Momente der letzten 70 Jahre. Auch Wolfgang Schäuble betonte dann: „Wir sind die Partei und Fraktion der deutschen Einheit. Jetzt liegt bei uns mehr als bei anderen die besondere Verantwortung, dass diese Einheit nicht verspielt wird.“

"Wie sieht der Verkehr der Zukunft aus?" - Diskussionsrunde bei NDR 1 Niedersachsen

Die Zukunft des Autoverkehrs, Stichwort E-Mobilität, sowie die Zukunft des Bahnverkehrs, das waren die wesentlichen Schwerpunkte einer Diskussionsrunde im Studio der ARD. Gemeinsam mit Kollegen aller im Bundestag vertretenen Fraktionen (Kirsten Lüthmann (SPD) Jörn König (AfD), Dr. Gero Hocker (FDP), Pia Zimmermann (Die Linke) und Dr. Julia Verlinden (Bündnis 90/Die Grünen) diskutierte ich über die Zukunft des Verkehrs in Niedersachsen. Deutlich wurde dabei, dass wir eigentlich alle ein gemeinsames Ziel — Beibehaltung der Mobilität bei gleichzeitiger Stärkung des Klimaschutzes — haben, nur



Foto: NDR 1 Niedersachsen

der Weg dahin ist oft sehr unterschiedlich. Wer Interesse an der Sendung hat: Sie wird am 19. September 2019 von 19.05 bis 20.00

Uhr auf NDR 1 Niedersachsen ausgestrahlt und ist anschließend online abrufbar.

Newsticker „Zahlen und Fakten“

+++ Umsatz im Bauhauptgewerbe im Juni 2019: -3,3 % zum Juni 2018 +++

+++ 1949: Wahl des ersten Bundespräsidenten +++

Im Juni 2019 waren die Umsätze im Bauhauptgewerbe um 3,3 % niedriger als im Juni 2018. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 1,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2018 stieg der Umsatz im Bauhauptgewerbe im 1. Halbjahr 2019 um 8,3 %. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 2,4 %.

Im Tiefbau sanken die Umsätze im Juni 2019 gegenüber Juni 2018 um 3,5 % und im Hochbau um 4,3 %. Rückläufig entwickelten sich die Umsätze insbesondere im Wirt-

schaftszweig „Sonstiger Tiefbau“ (zum Beispiel Wasserbau) mit -7,4 % sowie in der Dachdeckerei und Bauspenglerei mit -4,2 %. Eine Umsatzsteigerung verzeichnete lediglich der Wirtschaftszweig „Leitungstiefbau und Kläranlagenbau“. Dort stiegen die Umsätze um 2,6 % gegenüber Juni 2018.

(Quelle: Bundesamt für Statistik)

+++

Nicht nur die CDU/CSU-Bundestagsfraktion feiert in diesen Tagen ihren siebzigsten Geburtstag, auch im Bundespräsidialamt konnte man sich über ein Ju-

biläum freuen: Am 12. September 1949 wählte die Bundesversammlung Theodor Heuss zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

Die Wahl von Heuss mit Unterstützung der CDU und CSU war ein Vertrauensbeweis. Sie trug dazu bei, die FDP davon zu überzeugen, an der Seite des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer in die Bundesregierung einzutreten. Zehn Jahre später wurde schließlich mit Heinrich Lübcke der erste Unionspolitiker Bundespräsident.

(Quelle: Bundespräsidialamt, KAS)

Auszug aus dem Terminkalender

Montag 16. September

- Gespräch mit Carl-Schirren-Gesellschaft im Brömsehaus zum "Archiv-Projekt Rückenwind", Lüneburg

Dienstag, 17. September

- Veranstaltungsreihe „Europa in meiner Stadt“; Gastredner und Diskussion zum Thema „Europa vor Ort – Einfluss und Auswirkungen von Europapolitik in der Region Lüneburg“, Lüneburg

Mittwoch, 18. September

- Vortrag von General a.D. Ramms „Was bedroht Deutschland“, Lüneburg

Donnerstag, 19. September

- Fahrt der AG Bau der CDU/CSU-Fraktion nach Köln wegen Smart City
- CDU-Oktoberfest mit Gastredner Friedrich Merz, Uelzen

Sonntag, 22. September

- „Fünf Jahre Musikalische und kulturelle Vielfalt“, Domäne Scharnebeck
- Leistungsspangen der Deutschen Jugendfeuerwehr, Dahlenburg

Montag, 23. September, bis

Freitag, 27. September

- Sitzungswoche des Deutschen Bundestags, Berlin

Pilotveranstaltung mit Spätaussiedlern: Fraktionschef Ralph Brinkhaus zu Gast

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Ralph Brinkhaus MdB, (2. v. r.) dem Vorsitzenden der AG Familie der CDU/CSU-Fraktion, Marcus Weinberg MdB, (1. v. r.) dem CDU-Wahlkreisabgeordneten Christoph de Vries MdB (vorne links) und meinem Geschäftsführer der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, Sven Oole.



Als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich zur ersten auswärtigen Veranstaltung „Treffpunkt Fraktion“ am 8. September 2019 in Hamburg eingeladen.

Unter dem Motto „Pioniergeist der Vertriebenen und Aussiedler – Zukunftsfrage für unser Land?“ kamen knapp 200 Gäste in die Hochschule der Hamburger Wirtschaft. Hintergrund ist, dass über 12 Millionen Vertriebene und 4,5 Millionen Aussiedler, davon 2,4 Millionen Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, bis heute Aufnahme im Bundesgebiet fanden. Hamburg ist eine Hochburg dieser bevölkerungsstarken Gruppen.

Ralph Brinkhaus, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, würdigte ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration als

eine der größten Leistungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auch Marcus Weinberg, Vorsitzender der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundestagsfraktion, betonte die anpackende Lebensweise der Menschen.

Die Gruppe hatte für die Podiumsdiskussion die Vertreter aller örtlichen Verbände eingeladen. Besonderer Gast war Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Als Vorsitzender habe ich deutlich gemacht, dass Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges sowie die spätere Aussiedleraufnahme die weltweit größte demografische Umwälzung des 20. Jahrhunderts und eine der größten der Geschichte waren. Daher ist es der politische Auftrag, dass die Deutschen mit dem letzten Kapitel des Krieges endlich ins Reine kommen. Das Thema muss mit neuen Fragestellungen in das öffentliche Bewusstsein geholt werden.